FDP Rodenbach

BARRIEREFREIES RODENBACH SCHEITERT AN DER SPD

28.06.2025

Rodenbach könnte eine Gemeinde sein, in der alle Menschen – unabhängig von Alter oder körperlicher Einschränkung – den öffentlichen Raum sicher und selbstständig nutzen können. Barrierefreie Wege würden nicht nur Menschen im Rollstuhl oder mit Rollatoren helfen, sondern auch Blinden, Eltern mit Kinderwagen und älteren Bürgerinnen und Bürgern, die auf einen ebenen und gut zugänglichen Straßenraum angewiesen sind. Besonders in einer Kommune mit hohem Seniorenanteil ist ein inklusives Verkehrskonzept kein Luxus, sondern eine grundlegende Voraussetzung für Teilhabe und Lebensqualität.

Wie ein optimales Konzept umgesetzt werden kann, hat das für das Neubaugebiet südlich der Adolf-Reichwein-Straße zuständige Planungsbüro bereits unter Beweis gestellt. Dort wurde Barrierefreiheit von Anfang an mitgedacht: Breite Gehwege, abgesenkte Bordsteine und ausreichend Bewegungsräume zeigen, dass funktionale und inklusive Gestaltung möglich ist, wenn sie frühzeitig und strukturiert in die Planung einfließt. Dieses Beispiel belegt, dass Barrierefreiheit kein theoretisches Ideal bleiben muss, sondern mit fachlicher Kompetenz und vorausschauender Planung konkret realisierbar ist.

Vor diesem Hintergrund brachte die FDP-Fraktion Rodenbach am 26. Juni 2025 im Haupt-, Finanz- und Sozialausschuss einen Antrag ein, der die Erstellung eines integrierten Maßnahmenkonzepts zur barrierefreien Erreichbarkeit zentraler Einrichtungen auch sonst in Rodenbach vorsieht. Ziel ist - zunächst - lediglich eine erste Bestandsaufnahme der Geh- und Überwege im Gemeindegebiet mit Fokus auf Nutzbarkeit und Sicherheit für mobilitätseingeschränkte Menschen. Dabei sollten unter anderem Oberflächenbeschaffenheit, Bordsteinabsenkungen, Breite der Gehwege, Neigungen sowie Zugänge zu öffentlichen Einrichtungen systematisch bedacht werden, wo genauer

Abgerufen am 02.11.2026 unter https://fdp-rodenbach.de/?p=6772

hingeschaut werden müsste. Als künftige Grundlage wäre ein sogenannter Gehweg- und Überwegstatusbericht anzustreben, ergänzt durch Hinweise aus der Bürgerschaft, insbesondere vom Seniorenbeirat. Das Konzept sollte konkrete Maßnahmenvorschläge enthalten und eine Priorisierung nach Dringlichkeit und Umsetzbarkeit ermöglichen.

In der Begründung des Antrags heißt es: „Eine zukunftsfähige, soziale und generationengerechte Gemeinde muss sicherstellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger – unabhängig von ihrer Mobilität – den öffentlichen Raum selbstständig und sicher nutzen können.“ Der Antrag zielte somit auf eine grundlegende Pflichtaufgabe der kommunalen Selbstverwaltung ab. Die FDP betonte dabei ausdrücklich, dass der Aufwand für die Erstellung eines ersten Gedankenkonzepts im Rahmen der allgemeinen Verwaltungskosten abzudecken ist. Es handelte sich also nicht um ein kostenintensives Projekt, sondern um ein planvolles und pragmatisches Vorgehen zur Verbesserung der Lebensumstände vieler Menschen, damit sich die Verwaltung durchdacht und nicht bloß fallweise spontan mit dem Thema befasst.

Trotz der inhaltlichen Klarheit und sozialen Bedeutung scheiterte der Antrag allein an den Stimmen der SPD-Fraktion. Besonders kritisch zu bewerten ist dabei, dass der Bürgermeister auf Nachfrage kein vorhandenes Konzept nennen konnte, das die Problematik bereits adressiert. Damit wird deutlich, dass in Rodenbach seit Jahrzehnten kein systematisches Vorgehen zur Herstellung von Barrierefreiheit verfolgt wurde. Diese Konzeptlosigkeit hat beispielsweise zur Folge, dass Menschen im Alltag regelmäßig gezwungen sind, mit Rollatoren oder Rollstühlen auf die Fahrbahn auszuweichen, weil Gehwege zu schmal, uneben oder unterbrochen sind. Auch Blinde und Sehbehinderte stehen häufig vor unüberwindbaren Hindernissen, da taktile Leitsysteme oder akustische Hilfen fehlen.

Abgerufen am 02.11.2026 unter https://fdp-rodenbach.de/?p=6772

Indem die SPD auf eine planlose Einzelbeobachtung setzt und hofft, dass Problemstellen zufällig gemeldet werden, wird faktisch die Hilflosigkeit dieser Menschen hingenommen. Es braucht jedoch keine Unfälle oder dramatische Vorfälle, um zu handeln – die Notwendigkeit ist offensichtlich. Der abgelehnte Antrag der FDP hätte der erste Schritt zu einer nachhaltigen Weichenstellung zum Besseren sein können. Die Chance auf ein strukturiertes, bürgerorientiertes Vorgehen wurde damit vertan. Die FDP Rodenbach hält dennoch an ihrem Ziel fest, Barrierefreiheit als kommunale Selbstverständlichkeit zu etablieren – damit niemand in Rodenbach zurückgelassen wird.

FDP Rodenbach

Abgerufen am 02.11.2026 unter https://fdp-rodenbach.de/?p=6772